

# **Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung Brasiliens in letzter Zeit und ihre Auswirkungen auf das Finanzsystem**

**Juarez Lopes Cançado**

## **I. Brasilien: Wirtschaft und Perspektiven - ein Überblick**

Brasilien ist eine Bundesrepublik, bestehend aus 26 Ländern und dem Bundesdistrikt. Die Regierungsform ist ein demokratisches Präsidentschaftsregime. In Lateinamerika ist es, was Bevölkerung und Gebiet anbetrifft, das grösste Land: seine Volkswirtschaft ist die erste des Kontinents.

Ungleichheit und soziale Konflikte, Kinderarbeit, Missbrauch von Naturschätzen, Korruption auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung, Land des Fussballs, des Karnavals, der schönen Mulattinnen und paradiesischer Strände - dies die Klichés, die ständig in der internationalen Presse auftauchen wenn von Brasilien die Rede ist.

Wäre Brasilien mit seinen unerschöpflichen Naturschätzen dazu verdammt, ewig das Land der Zukunft zu sein, wie Stefan Zweig es einst formulierte? Einer Zukunft, die nie erreicht wird und damit eines harten Alltages und beschränkter Perspektiven?

Zweifellos war eine Abkehr von diesem Bild einer der Zwecke des Real-Planes. Die erfolgreiche Überwindung der jahrzehntelangen Superinflation in Brasilien hat neue Hoffnungen auf bessere Tage geweckt und bietet die Aussicht auf anhaltende Wiederaufnahme der Entwicklung des Landes.

Tatsächlich ist Brasilien heute eine der zehn grössten Volkswirtschaften der Welt. Ein städtisches Industrieland, das rege am Welthandel teilnimmt. Diese Stellung wurde jedoch zum Preis einer sowohl räumlich als sozial intensiven wirtschaftlichen Konzentration errungen, die die erwünschte Zukunft rettungslos gefährden kann.

Für diesen Zustand wurde der Ausdruck "Belindia" geprägt; er bedeutet, dass die wirtschaftlichen Indikatoren mit Belgien, die sozialen jedoch mit Indien vergleichbar sind. Man ist sich in Brasilien bewusst, dass krasse Armut und

Ungleichheit nicht nur moralisch zu verurteilen sind, sondern auch kurzfristig ein Risiko von Labilität und Blockierung für den von der brasilianischen Gesellschaft so heiss erwünschten Prozess anhaltender Entwicklung bedeutet.

Die Regierung ist sich der Unhaltbarkeit dieses Zustandes bewusst und hat Vorschläge zum Wandel erstellt, von denen einige bereits eingeleitet wurden. Erforderlich ist eine Reihe struktureller Reformen um die Stellung des Landes und den Lebensstandard seiner Bürger zu heben. So wurde, spät aber doch, ein breites und tiefgreifendes Reformprogramm erstellt, das bezweckt, Engpässe zu beseitigen die die Entwicklung des Landes behindern und eine ungerechte soziale Struktur bedingen.

Die in Gang befindlichen Reformen erstrecken sich auf drei Hauptgebiete:

- a) **Reformen der politischen Institutionen.** Dies umfasst die Strukturen, Verfahren und Funktionen des politischen Modells Brasiliens, das sogenannte Verfassungsengineering. Diese Reihe von Reformen soll das föderative System neu definieren und Macht, Zuständigkeiten und Steueraufkommen von Bund, Ländern, Gemeinden und dem Bundesdistrikt in ein besseres Gleichgewicht bringen. Dies soll zu den Grundzügen eines neuen bundesstaatlichen Systems und einer neuen Definition der Rolle des Staates auf seinen verschiedenen Machtebenen beitragen und ferner die Übertragung öffentlicher Dienste auf Privatunternehmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene anregen. Ein weiterer Aspekt, der die Verfassungsreformen vervollständigt, betrifft Struktur und Funktionieren der Justiz und des Systems der politischen Parteien, das derzeit Gegenstand einer breiten Debatte ist. Die formale brasilianische Demokratie soll zu einer wahrhaften Demokratie werden, in der alle Akteure der Gesellschaft tatsächlich am Entscheidungsprozess teilnehmen können.
- b) **Steuerreform und verstaatlichte Betriebe.** Auf diesem Gebiet wurde ein weitreichendes Reformprogramm erstellt, das bezweckt, die Rolle des Staates in der Wirtschaft neu zu definieren. Das Stadium der Neuformulierung der Gesetzgebung, die das staatliche Monopol auf dem Gebiet von Brennstoffen, Erzeugung und Verteilung von elektrischem Strom, Küstenschiffahrt, Telekommunikation, Betrieb von Häfen und Flughäfen sowie Verwaltung von Eisenbahnen, Autobahnen und Gasverteilung aufhebt, wurde bereits zu Ende geführt. Gleichzeitig wurde das Allgemeine Gesetz zur Erteilung von Konzessionen, das dem Staat ermöglicht, praktisch jede wirtschaftliche Tätigkeit die ihm früher

vorbehalten war zu delegieren, sowie eine Verfassungsänderung, die die früher unterschiedliche Behandlung von rein brasilianischen Unternehmen und Unternehmen ausländischen Kapitals beseitigt, verabschiedet. Ferner soll das verworrene und übermässig belastende brasilianische Steuersystem sowie die Arbeitsgesetzgebung vereinfacht werden, die in der Praxis Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit fördern.

- c) **Soziale Reformen.** Diese erstrecken sich auf drei Gebiete. Die erste und aus Sicht der Regierung dringendste Reform betrifft die Sozialversicherung. Erstellt werden soll ein einziges allgemeines und obligatorisches Pensionssystem, das sowohl für Beamte als die Privatwirtschaft gilt und aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren ist, dessen Pensionszahlung auf 10 Mindestlöhne begrenzt ist. Für allenfalls erwünschte höhere Pensionen ist zusätzlich ein weiteres staatliches oder privates Beitragssystem geplant. Das zweite Gebiet betrifft die Erziehung. Hier sollen öffentliche Mittel vorzüglich für Grundschulung bereitgestellt werden; ferner sind Mindestinvestitionen in Bildung sowie ein landesweites System der Bewertung des Hochschulunterrichtes vorgesehen. Die dritte Reform betrifft das Nationale Agrarreformprogramm, das die Ansiedelung von rund einer Million Familien aus der untersten Einkommenschicht auf dem Land bezweckt. Damit sollen die ernststen Spannungen und Konflikte im ländlichen Milieu beseitigt und der Lebensstandard, insbesondere durch Förderung der Kleinlandwirtschaft, verbessert werden.

Die Sozialreformen sind keine blosse Folge der politischen oder Steuerreformen. Sie entsprechen einer neuen Einstellung der Gesellschaft, die eine Kultur der Inflation ablehnt und die Modernisierung eines verschwenderischen, paternalistischen und nur auf seine eigenen Interessen bedachten Staates fordert.

Ein Rückblick auf die Geschichte Brasiliens in den letzten Jahren zeigt, dass die Regierungen die dem Militärregime von 1964 folgten, diese Tendenz der Gesellschaft und die Notwendigkeit, Brasilien in die internationale Gesellschaft einzufügen, verstanden. In diesem Sinne wurden die Grenzen verstärkt geöffnet und die Einfuhrsteuern gesenkt. Die Folge war lebhafterer Wettbewerb und begünstigte steigende Auslandsinvestitionen für Neugründungen und Beteiligung an den intensiven Privatisierungen, Verschmelzungen und Ankäufen von Unternehmen die derzeit in Brasilien in praktisch allen Wirtschaftssparten stattfinden.

So hat sich Brasilien in den letzten Jahrzehnten dramatisch verändert und verändert sich weiter. Die Entwicklung des Landes ist jedoch durch einen sozial, geographisch und wirtschaftlich selektiven Prozess gekennzeichnet. Dies bedeutet, dass nicht alle Brasilianer den Lebensstandard eines Industrielandes erreichen konnten. Begünstigt wurde vor allem der städtische Mittelstand, die Armen jedoch blieben arm.

Die räumliche Konzentration der brasilianischen Wirtschaft ist evident. Die Hälfte aller Industriebetriebe, zwei Drittel der Arbeitsplätze und drei Viertel der Wertschaffung sind auf Südostbrasilien konzentriert. Die Vielfalt von Industrien in dieser Region, insbesondere in São Paulo, umfasst Unternehmen aller Branchen und Grössen und ein dichtes Netz von Kunden, Lieferanten und Dienstleistungsunternehmen wirkt für Neugründungen anziehend. Überdies ist die Region auch in der Landwirtschaft und auf dem Dienstleistungssektor führend.

Positiv für die brasilianische Wirtschaft ist ein ausgedehnter Binnenmarkt, die fortschreitende Durchdringung der Mitgliedstaaten des Mercosul und diversifizierte Produktion und Exporte. Zwei finanzielle Aspekte sind jedoch kurzfristig bedrohlich: einerseits die Auslandsverschuldung, obwohl sie in den letzten Jahren durch Umschuldungsverhandlungen fühlbar verringert werden konnte, andererseits das Fortbestehen des Real-Planes, das dringend Anpassungsmassnahmen erfordert.

Brasilien ist eines der höchstverschuldeten Staaten der Welt, mit Auslandsschulden von dzt. rund USD 238 Mia. An sich wirkt jedoch dieser Betrag weniger besorgniserregend wenn man das Verhältnis zwischen Auslandsverschuldung und Exporten betrachtet: es sank von 43% im Jahre 1995 auf 36,2% im Jahre 1999.

Die schon aus ferner Vergangenheit stammende Verschuldung stieg erheblich in der Zeit des "Brasilianischen Wirtschaftswunders" der Siebzigerjahre und ersten Hälfte der Achtzigerjahre. Zu jener Zeit nahm das brasilianische Finanzsystem intensiv Kredite im Ausland auf, die damals reichlich vorhanden und billiger als Inlandskapital waren. Inländische Mittel wurden fast ausschliesslich vom Staat aufgenommen, der Sicherheit und eine attraktive, gegen Inflation gesicherte Rendite bot.

Trotz ansteigender brasilianischer Exporte in den letzten Jahrzehnten wurde die Lage kompliziert. Gleichzeitig mussten die Überschüsse der Handelsbilanz gesteigert werden um zu vermeiden, dass die Schuldenzahlungen die Einfuhrkapazität überfordere und das Vertrauen der ausländischen Investoren erhalten werden um neue Kredite zu erlangen.

Der Volksmund sagt, dass es dem kleinen Schuldner an den Kragen gehe, der grosse Schuldner jedoch für den Gläubiger problematisch werde. Dieser Umstand war auch internationalen Finanzkreisen wohl bewusst und führte 1994 zum Brady-Plan. Mit dieser Umschuldung wurde die brasilianische Schuld bei internationalen Banken in Inhaberoobligationen, die sog. *Bradies* umgewandelt, die von internationalen Investoren angekauft wurden. Damit wurde das Problem der Auslandsverschuldung weniger dringend und heikel und verschwand auch aus den tagtäglichen sensationellen Meldungen der brasilianischen Presse.

Es verbleibt das interne Problem. Zwar war der Real-Plan bei der Bekämpfung der Inflation ausserordentlich wirksam - die Entwertung der Währung hatte dazu geführt, dass im Lauf von 50 Jahren nicht weniger als 18 Nullen gestrichen werden mussten - doch hatte die Stabilisierung oder, wie manche meinen, Quasi-Stabilisierung, auch ihren Preis. Anfänglich führte sie zu einer erheblichen Verzerrung der relativen Preise und damit einem Absinken der inländischen Spartätigkeit von 19,7% des BSP im Jahre 1994 auf 17,3% im Jahre 1996. In der Folge verursachte sie stark überhöhte reelle Zinssätze und damit ein besorgniserregendes Verhältnis zwischen dem laufenden Defizit und den Einnahmen der Regierung.

Alles weist darauf hin, dass die Verfasser des Real-Planes von der Annahme ausgingen, Braslien könne angesichts der Grösse des Landes und dem Grad seiner Industrialisierung eine relativ unabhängige Stellung in einer globalisierten Weltwirtschaft bewahren.

Seit seiner Einführung war der Plan als Programm zur Stabilisierung der Währung sichtlich wirksam. Andererseits jedoch ist sein Erfolg auf dem Gebiet, das die Verfasser als strukturelle Ursache der Inflation erkannt hatten - die Lösung des Problems des Staatsdefizites - begrenzt. Darüber hinaus brachte die Stabilisierung der Währung das Ende leichter Inflationsgewinne in der Wirtschaft, an die sich gewisse Sparten der Industrie und der Finanzsektor gewöhnt hatten und zeigte damit ihre Schwäche im Wettbewerb

auf einem globalisierten Markt sowie die Unmöglichkeit, Investitionen in ihrer eigenen Modernisierung aus der unzureichenden internen Spartätigkeit zu decken.

Diese harte Wirklichkeit zeigt sowohl die irrtümliche Annahme von Selbständigkeit auf, von der die Verfasser des Planes ausgingen als auch die daraus entstandenen Irrtümer der Währungs- und Wechselkurspolitik. Angesichts des Fehlens staatlicher Mittel zur Förderung der Entwicklung und ungeachtet der tiefgreifenden regionalen Unterschiede in Brasilien beschloss die Bundesregierung, zur Überwindung des chronischen Problems des Staatsdefizites den Zufluss von Auslandskapital zu erleichtern. Dies führte jedoch zu Abhängigkeit von diesem Kapital.

Der Entschluss der brasilianischen Regierung, sich zur Erhaltung der Währungsstabilität den Interessen des internationalen Kapitals zu unterwerfen führte dazu, dass das Land nach aussen vom Wechselkurs, im Inneren von den Zinssätzen abhängig wurde. 1998 zeigte es sich, dass Brasilien die Krise, vorerst in Mexiko, dann in Asien und Russland, nicht schadlos überstehen würde.

Im selben Jahr kamen zu der besorgniserregenden Wirtschaftskrise noch schwere politische Krisen in Japan, Deutschland und USA. Als Ergebnis verlor die G-7 ihre führende Rolle und dem IMF fehlte es an Mitteln. Die brasilianische Wirtschaft geriet in eine unhaltbare Lage. Diese Lage verschlechterte sich weiter als die Regierung, als Versuch das Problem zu vermeiden, wieder auf die schon Ende 1997, anlässlich der durch die Krise in Asien hervorgerufenen intensiven Kapitalflucht, ergriffenen Massnahmen zurückgriff: Erhöhung der Zinssätze, Steuererhöhungen und Senkung der öffentlichen Ausgaben.

Diese Massnahmen trafen die brasilianische Wirtschaft zweifach: die hohen Zinssätze, die Auslandskapital dazu bewegen sollten, im Lande zu bleiben, erhöhten das Staatsdefizit und diese Zinssätze sowie die schwere Steuerlast schränkten die Produktion ein und steigerten die Arbeitslosigkeit. Die Annahme der Wirtschaftsministerien, die weltweite Krise könne durch Modernisierung und erhöhte Produktivität der brasilianischen Industrie überwunden werden, erwies sich als verfehlt. Dies zeigte sich klar in der Krise der Automobilindustrie, hervorgerufen von absinkendem Absatz und der Unfähigkeit zur Konkurrenz mit importierten Fahrzeugen.

Schliesslich und wie vorauszusehen brach anfangs 1999 die Politik fester Wechselkurse zusammen. Auf dem Finanzmarkt investiertes Auslandskapital, das bereits Verluste in Asien und Russland erlitten hatte, wanderte in die Ursprungsländer zurück oder suchte Sicherheit auf anderen Märkten. Eine sofortige Folge der Zurückhaltung grosser Investoren war die Verzögerung des Privatisierungsprogrammes. So fanden im ersten Viertel 1999 lediglich 53 Transaktionen in bescheidener Höhe statt, weniger als die Hälfte der im ersten Viertel 1998 erreichten Ergebnisse.

Mitte 1999 bestand allgemein der Eindruck, die Regierung sei gelähmt. Die schwankende Wirtschaftspolitik litt auch unter politischen Streitigkeiten und Krisen, wie Versuche, die Regierungs- und Oppositionsparteien umzuformulieren, sowie den Einflüssen der Weltwirtschaft.

Die Schwäche der Wirtschaftspolitik der Regierung zeigt sich auch in den drei Krisen, die in den letzten Jahren durch Spekulation hervorgerufen wurden. 1995 erlitt Brasilien Verluste von USD 7 Mia als Folge der Mexikokrise; sodann USD 10 Mia durch die Krise in Asien und schliesslich USD 40 Mia im Zusammenhang mit dem Moratorium Russlands. In den beiden ersten Fällen konnte die Banco Central die verlorenen Reserven durch Erhöhung der Zinssätze wieder einbringen, im Fall Russland wurde Brasilien vom IMF gerettet. Ein neuerlicher Angriff könnte fatal sein, so dass der einzige Ausweg in einer Änderung der Wechselkurspolitik mit Abwertung des Real bestand.

Diese Abwertung erfolgte am 14. Januar 1999 und bestätigte den, seit Monaten von Wirtschaftsexperten aufgezeigten Irrtum einer blind vom damaligen Präsidenten der Banco Central vertretenen Wechselkurspolitik. Es war klar, dass die brasilianische Wirtschaft einen radikalen Wechsel auf diesem Gebiet brauchte, um Überschüsse im Aussenhandel zu ermöglichen.

Der Fehlschritt der Banco Central, der dem Land an USD 40 Mia gekostet hatte wurde bereinigt. Der überwertete Wechselkurs hatte ein riesiges und unkontrollierbares Auslandsdefizit verursacht das, bei fehlender Finanzierung, zu einem Moratorium führen könnte. Heute scheint dieser Irrtum überwunden zu sein.

Ungelöst bleibt allerdings das ernste Problem der hohen internen Zinssätze. Kurz vor der Abwertung hatte die Regierung auf den Dollarkurs indexierte Wertpapiere in Höhe von ca. USD 67 Mia auf den Markt gebracht, die Brasilien einen weiteren Verlust in der Größenordnung von USD 50 Mia verursachen werden. Die einzige Möglichkeit, diesen Verlust auszugleichen, liegt in der Senkung der Zinssätze. Dies ist nicht so einfach, da es eine Revision der Währungs- und Steuerpolitik erfordert, die nach und nach zusammen mit anderen Massnahmen zur Senkung des Staatsdefizits erfolgen soll.

Die starke Abwertung des Real sollte positive Ergebnisse bringen und das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz verbessern. 1983 hatte eine Strategie dieser Art ermöglicht, ein Defizit von USD 780 Mio in Überschüsse von USD 6,4 Mia zu verwandeln und damit ein neuerliches Wachstum des BSP anzuregen. Die selben positiven Resultate sind kurzfristig erreichbar, soweit die Banco Central Irrtümer in der Verwaltung der Zinssätze vermeidet. Dies ist anzunehmen, denn es ist wohl bekannt, dass Irrtümer fatal sein und im Inland das Unheil, das im Ausland vermieden wurde, anrichten könnten.

Im Inland hat die Abwertung zunächst zu fühlbaren Preiserhöhungen geführt. Mittelfristig sollten sie jedoch nicht anhalten, da keine besondere Gefahr einer neuerlichen Inflation besteht. Indexierungsverfahren gibt es nicht mehr, die Löhne stagnieren, die Gewinnspannen sind bescheiden und sichtlich besteht Mangel an Liquidität in der Wirtschaft.

Angesichts der Auswirkung der Abwertung auf die auf Dollar indexierte Verschuldung des Staates und der weiterhin hohen Zinssätze sind ernstere Probleme auf dem öffentlichen Sektor zu erwarten. Eine Lösung wird nicht schmerzlos sein, da sie eine verschärfte Senkung der Ausgaben und Zinssätze erfordert, selbst falls dies zu einer neuen und aggressiveren Einstellung der Regierung auf dem Gebiet der Rückzahlung und Umstellung von auf den Markt gebrachten Wertpapieren führen sollte. Solche Massnahmen erregen jedoch Misstrauen, Inflationsdruck und verschärfte Rezession.

Zusammenfassend hat Brasilien zwar die Gefahr des Moratoriums überwunden, im Inland jedoch befindet sich die Wirtschaft noch auf des Messers Scheide und es fehlen konkrete Lösungen der Probleme des Staatsdefizites, Inlandsverschuldung, Wiederaufnahme der Entwicklung, Überwindung von regionalen und sozialen Ungleichheiten sowie der

Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus haben politische Konflikte die Verabschiedung von Reformen erschwert, die der Regierung grösseren Spielraum gewähren. Eine zu sehr in Einzelheiten gehende Verfassung erfordert kostspielige politische Verhandlungen für jedwede tiefgreifendere Reform. Schliesslich sind Probleme zu lösen, die die wirtschaftliche Tätigkeit, insbesondere im Aussenhandel, erschweren und verteuern: widersinnige Steuern, Mängel der Infrastruktur, Überfluss an Bürokratie, ein risikofeindliches Finanzsystem und ein korruptes und eigennütziges politisches System gehören zu den sogenannten "Brasilienkosten".

So bleibt ein langer und schwieriger Weg zu bewältigen.

Trotz aller schwerer Probleme wird Brasilien zu einer nicht unerheblichen wirtschaftlichen Macht auf dem Weltmarkt. Neben beachtlichen Exporten von Erzen und landwirtschaftlichen Produkten steigt auch der Export von Industrieerzeugnissen. Die brasilianische Industrie ist genügend fortgeschritten um international wettbewerbsfähig zu sein und weist Unternehmen von Weltklasse auf. Das Land besitzt eine Elite von gut ausgebildeten Managern, flexible Arbeitskräfte und erstklassige Techniker, Professoren und Wissenschaftler. Eine junge und dynamische Bevölkerung ist bestrebt, ihre Bildung zu verbessern. Mit all dem ist Brasilien ein wichtiger Akteur auf der internationalen Bühne geworden. Die beachtlichen Naturschätze werden allmählich und rationell der Produktion zugeführt und die verschiedenen Regionen des Landes erhalten eine angemessene Infrastruktur. Noch sind hohe Investitionen im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnwesen erforderlich, da auf diesen Gebieten die Bilanz des Landes höchst defizitär ist, doch kann in naher Zukunft mit der Nutzung des beachtlichen Produktionspotentials der Wirtschaft gerechnet werden. Trotz Ungleichheiten, die weder unüberwindbar noch engültig sind, weist die Gesellschaft eine gemeinsame Sprache und Kultur auf. Es besteht das Bewusstsein einer brasilianischen Kultur und das Gefühl, einer einzigen Nation anzugehören.

All dieses Potential kann einem neuen Entwicklungsmodell dienen, das zwar noch nicht klar definiert ist. Es ist jedoch vorhersehbar und soll durch die tiefgreifenden, heute im Parlament zur Diskussion stehenden Reformen verwirklicht werden. Nach 450 Jahren kolonialer und neokolonialer Ausbeutung und 50 Jahren eines noch abhängigen Wachstums sucht Brasilien seine Unabhängigkeit. Lange Jahre werden jedoch verstreichen, bis, wie es in

der Nationalhymne heisst, der “ewig in herrlicher Wiege ruhende” Riese erwacht und nicht mehr “das ewige Land der Zukunft” sein wird.

## **I. Kürzliche Entwicklung, Struktur, Wirklichkeit und Perspektiven des Nationalen Finanzsystems in Brasilien**

### **II.1 Kürzliche Entwicklung des Nationalen Finanzsystems - SFN**

Üblicherweise sind die Institutionen eines Landes das Ergebnis einer langen sozialen und politischen Entwicklung. In Brasilien jedoch landeten diese Institutionen mit dem portugiesischen Königshof, der 1808 vor Napoleon floh und sich in Südamerika niederliess.

Am 12. Oktober 1808 wurde die erste Bank Brasiliens - Banco do Brasil - gegründet. Damit begann die Organisation eines Banksystems, das eine noch in den Kinderschuhen steckende Volkswirtschaft finanzieren sollte. Die Wirtschaftsgeschichte Brasiliens verzeichnet eine lange Reihe öffentlicher oder privater Initiativen zur Gründung von Banken und deren immer wiederkehrendes Scheitern. Diese Versuche führten erst mit der Bankreform von 1964 zu einem ersten und ernstlichen Versuch, das brasilianische Finanzsystem zu modernisieren.

Die gesetzlichen Grundlagen und Prinzipien dieser Reform sind in zwei Gesetzen - Gesetz Zl. 4.595 v. 31.12.64 - Bankreformgesetz, sowie Gesetz Zl. 4.728 v. 14.07.65 - Kapitalmarktgesetz - enthalten, die in den ersten Jahren des Militärregimes von 1964 verabschiedet wurden.

Der Hauptzweck der Bankreform war die Schaffung einer obersten Aufsichtsbehörde zur Regelung der Währungs-, Wechselkurs- und Kreditpolitik, der Nationale Währungsrat, sowie die Gründung einer, von der Regierung relativ unabhängigen Bundesbank (Banco Central), der die Durchführung der Beschlüsse des Nationalen Währungsrates obliegen sollte.

In Wirklichkeit führte bei der Debatte im Parlament und der Verabschiedung des Gesetzes Zl. 4.595 der Widerstand der Banco do Brasil dazu, dass erst

wesentlich später alle Funktionen einer Währungsbehörde auf die Banco Central übergangen. So bestanden absonderlicherweise bis Mitte 1988 zwei Währungsbehörden: Banco do Brasil und Banco Central. Während langer Jahre war Banco do Brasil weiterhin der Inhaber der Bankreserven, ein schwerer Irrtum in der Währungspolitik. In der Tat hatte die Banco Central, obwohl für die Kontrolle der Währung verantwortlich, zu Beginn ihrer Tätigkeit keinerlei Einfluss auf ein von ihr zu kontrollierendes Organ. Paradoxiertweise wurden der Banco Central, neben den klassischen Funktionen der Banküberwachung auch typische Funktionen einer Entwicklungsbank erteilt.

Das Kapitalmarktgesetz bezweckte in der Hauptsache, ein Modell der Spezialisierung der Marktinstitutionen, ausgehend von den jeweiligen Zuständigkeiten in Aufnahme und Verwendung von Mitteln, zu schaffen. Man ging davon aus, dass damals die auf dem brasilianischen Kapitalmarkt tätigen Institutionen zu primitiv waren, um die Entwicklung einer schon relativ komplexen Wirtschaft zu unterstützen.

Zur Tätigkeit auf dem Kapitalmarkt sah das Gesetz eine Struktur von Institutionen mit klar definierten Funktionen vor, um Interessenkonflikte zu vermeiden und ein Gleichgewicht zwischen den offenen Kapitalgesellschaften, dem Vermittlersystem und den Aktionären zu bewahren. Die grundlegende Absicht, eine Spezialisierung einzuführen konnte jedoch angesichts der später geschaffenen Anreize zur Bildung von Finanzkonglomeraten durch Verschmelzung und Einverleibung nicht verwirklicht werden.

In der Folge vertiefte sich der Verfall des Gesetzes durch die Gründung sogenannter Universal- oder Multibanken. Kürzlich beschleunigte sich diese Entwicklung durch den in den Neunzigerjahren begonnenen und noch in Gang befindlichen Prozess der Umstrukturierung des Nationalen Finanzsystems, durch Sanierung von Privatbanken, Einschränkung der Präsenz des Staates im Finanzsektor und Internationalisierung des brasilianischen Finanzsystems. Ab diesem Stadium beginnt die Herrschaft über das Nationale Finanzsystem vom Staat auf die Privatwirtschaft überzugehen.

## **II.2 Heutige Struktur des Finanzsystems in Brasilien**

Derzeit gliedert sich das Nationale Finanzsystem in Regelungs- und Kontrollorgane, Finanzinstitute und diese unterstützende Einrichtungen.

**Regelungs- und Kontrollorgane:**

- a) *Der Nationale Währungsrat - CMN* ist das Dachorgan des Nationalen Finanzsystems. Er erstellt die Währungs- und Kreditpolitik, sichert Liquidität und Solvenz der Institutionen des Nationalen Finanzsystems und stimmt die Politik auf den Gebieten der Währung, Kredit, Budget, Steuern sowie der in- und ausländischen Verschuldung ab. Derzeit führt der Finanzminister den Vorsitz. Mitglieder sind der Minister für Planung, Budget und Verwaltung sowie der Präsident der Banco Central do Brasil. Die Direktoren der Banco Central nehmen, ohne Stimmrecht, an den Sitzungen teil.
- b) *Die Banco Central do Brasil - BCB* führt die Beschlüsse des Nationalen Währungsrates durch und sorgt für deren Durchführung durch Dritte. Sie fungiert als Notenbank und besitzt das Monopol von Austausch und Verwahrung von Banknoten und Münzen im Umlauf; kontrolliert die Finanzinstitute; erhält die Pflichtbeiträge dieser Institute; kontrolliert den Kredit; kontrolliert Auslandskapital; ist Verwahrer der internationalen Reserven und Vertreter bei den internationalen Finanzorganen. Zusammenfassend führt sie die vom CMN erstellte Währungspolitik durch und kontrolliert sie. Die BCB funktioniert als Bank der Banken und Verwalter des Nationalen Finanzsystems durch Erlass von Vorschriften, Bewilligung der Tätigkeit von Finanzinstituten sowie Kontrolle des Marktes und entsprechende Eingriffe. Sie ist der Bankier des Staatsschatzes.
- c) *Die Wertpapierkommission - CVM* erlässt Vorschriften und kontrolliert den Wertpapiermarkt.
- d) *Der Nationalrat der Privatversicherungen und Generaldirektion der Privatversicherungen* erstellt Richtlinien und Vorschriften der Versicherungspolitik, regelt und orientiert die Tätigkeit der Bestandteile des Systems. Die Generaldirektion führt die vom Rat erstellte Politik durch, kontrolliert die Versicherungsgesellschaften und regelt deren Tätigkeit.
- e) *Der Rat für Zusätzliche Sozialversicherung und Sekretariat für Zusätzliche Sozialversicherung* fasst Beschlüsse und erlässt Vorschriften auf dem Gebiet der Politik der zusätzlichen Sozialversicherung in Brasilien. Das Sekretariat ist ein Organ des Ministeriums für Sozialversicherung; ihm obliegt Kontrolle und Überwachung der

Pensionspläne und sonstigen Tätigkeiten von geschlossenen Sozialversicherungskörperschaften.

### **Finanzinstitute und diese unterstützende Einrichtungen**

- a) *Institute die Bareinlagen aufnehmen*, einschliesslich von Multibanken mit Handelsportfeuille; Handelsbanken, Bundessparkasse und Kreditkooperativen.
- b) *Sonstige Finanzinstitute*, wie Multibanken ohne Handelsportfeuille; Investitionsbanken; Entwicklungsbanken; Kredit-, Finanzierungs- und Investitionsgesellschaften; Realitätenkreditgesellschaften; Hypothekengesellschaften; Spar- und Darlehensverbände; Gesellschaften für Kredite an Mikrounternehmer.
- c) *Sonstige Vermittler oder unterstützende Einrichtungen*: Waren- und Futuresbörsen; Wertpapierbörsen; Förderungs- oder Entwicklungsorgane; Maklergesellschaften für Wertpapiere; Vertriebsgesellschaften von Wertpapieren; Leasinggesellschaften; Maklergesellschaften im Devisenhandel; Vertretungen ausländischer Finanzinstitute und selbständige Investitionsagenten.
- d) *Körperschaften die zum Sozialversicherungs- und Versicherungssystem gehören*, wie geschlossene private Sozialversicherungen; offene private Sozialversicherungen; Versicherungsgesellschaften; Kapitalisierungsgesellschaften; Krankenversicherungsverwaltungsgesellschaften.
- e) *Körperschaften die Mittel von Dritten verwalten*, wie Mutual Funds; Investitionsklubs und -Portefeuilles; Portefeuilles ausländischer Investoren und Verwaltungsgesellschaften von Konsortien.
- f) *Liquidierungs- und Depotsysteme*, wie das Sondersystem für Liquidierung und Depot - SELIC<sup>1</sup>; Zentrale für Depot und finanzielle Liquidierung von Wertpapieren - CETIP<sup>2</sup> und Liquidierungs- und Depotkassen.

Es ist interessant festzuhalten, dass in Brasilien das Gesetz 7.428 aus 1986 als Finanzinstitut jedwede Rechtsperson öffentlichen oder privaten Rechtes betrachtet, deren Haupt- oder Nebentätigkeit ganz oder teilweise in der Aufnahme, Vermittlung oder Investition von finanziellen Mitteln Dritter, in brasilianischer oder ausländischer Währung oder Verwahrung, Ausstellung, Vertrieb, Handel, Vermittlung oder Verwaltung von Wertpapieren besteht. Dem Finanzinstitut wird die Rechtsperson gleichgestellt, die Versicherungen,

---

<sup>1</sup> Clearingsystem für staatliche Wertpapiere

<sup>2</sup> Clearingsystem für private Wertpapiere

Devisen, Konsortien, Kapitalisationspläne oder jedwede Art von Spargeldern oder Mitteln von Dritten aufnimmt oder verwaltet, sowie die natürliche Person die, selbst gelegentlich, eine dieser Tätigkeiten ausübt.

Die brasilianische Gesetzgebung stuft Factoringunternehmen, Verwaltungen von Kreditkarten und Krankenversicherungsgesellschaften als Handelsgesellschaften ein. Somit sind sie nicht Bestandteil des Nationalen Finanzsystems.

### **II.3 Derzeitiger Stand des brasilianischen Finanzsystems**

Im Juni 1999 gab es in Brasilien insgesamt 6.341 Finanzinstitute. Von diesen waren 1.135 Kreditkooperativen; 3.893 Investitionsfonds; 414 Konsortienverwaltungen. 96 Institute befanden sich unter Intervention oder Liquidierung durch die Banco Central. 803 waren Finanzinstitute im klassischen Sinn, d.h. Banken, Vertriebsgesellschaften von Wertpapieren, Maklergesellschaften, Realitätenkreditgesellschaften, Finanzgesellschaften und Leasingunternehmen. 227 waren zu dieser Zeit Banken aller Kategorien im weiteren Sinn.

#### **IN BRASILIEN TÄTIGE FINANZINSTITUTE - JUNI 1999**

<b>FINANZINSTITUT</b>	<b>ANZAHL</b>
Multibanken	174
Handelsbanken	26
Banco do Brasil und Bundessparkasse	2
Entwicklungsbanken	5
Investitionsbanken	20
Sonstige Finanzinstitute	6.114
<b>INSGESAMT</b>	<b>6.341</b>

Quelle: Banco Central do Brasil/DEORF

Der Anteil am konsolidierten Nettovermögen und den Gesamtaktiven kann im Juni 1999 wie folgt dargestellt werden:

#### **FINANZINSTITUTE - RELATIVER ANTEIL NETTOVERMÖGEN - GESAMTAKTIVEN JUNI 1999**

<b>FINANZINSTITUT</b>	<b>% NETTOVERMÖGEN</b>	<b>% AKTIVEN</b>
-----------------------	------------------------	------------------

Multibanken	57	49
Handelsbanken	3	5
Banco do Brasil - Bundessparkasse	12	30
Entwicklungsbanken	13	9
Investitionsbanken	2	1
Sonstige Finanzinstitute	13	6
INSGESAMT	100	100

Quelle: Banco Central do Brasil/DEORF

Zur fraglichen Zeit betrug das konsolidierte Nettovermögen des Banksektors rund USD 60,5 Mia, mit Gesamtaktiven von USD 683 Mia. Innerhalb des Nationalen Finanzsystems nehmen die Multibanken eine führende Stellung ein.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Anzahl von Banken von 1964 bis 1999:

#### ANZAHL VON BANKEN - 1964 - DEZEMBER 1999

	<b>Handelsbanken</b>	<b>Multibanken</b>	<b>Sparkassen</b>	<b>INSGESAMT</b>
1964	336	-	26	362
1969	213	-	26	239
1974	109	-	6	115
1979	108	-	5	113
1984	110	-	5	115
1989	66	113	5	184
1993	37	206	2	245
1994	34	210	2	246
1995	35	205	2	242
1996	38	191	2	231
1997	36	179	2	217
1998	28	173	2	203
1999	25	168	1	194

Quelle: Banco Central do Brasil/DEORF

In der Zeitspanne 64/74 ist eine erhebliche Verminderung der Anzahl von Handelsbanken - ca. 68% - festzustellen. Diese Tendenz wurde ferner durch die Verschmelzung der in verschiedenen Ländern Brasiliens bestehenden Bundessparkassen in eine einzige Institution mit Sitz in Brasília verstärkt. Bei den Handelsbanken fielen brasilianische Privatbanken aus, während die Anzahl von staatlichen und ausländischen Banken praktisch unverändert verblieb. Ursache waren verschiedene Liquidierungen sowie die

Einflussnahme der Behörden, die die Eröffnung zusätzlicher Filialen untersagten bzw. Verschmelzungen und Einverleibungen durch Steuer- und Kreditbegünstigungen förderten.

In den Siebzigerjahren herrschte die Meinung vor, dass starke Finanzkonglomerate dem System verbesserte Konsistenz und Sicherheit bieten würden ohne den Wettbewerb auf dem Banksektor zu gefährden. Auch meinte man, dass grössere Institute bessere Dienstleistungen zu geringeren Kosten erbringen könnten. Als Folge von Liquidierungen, Verschmelzungen, Einverleibungen und Ankäufen verschwanden in dieser Zeitspanne über 200, meist kleine, Handelsbanken sowie einige Dutzend Banken mittlerer Grösse vom Markt. Vermerkt sei, dass zur Förderung dieser Tendenz die Regierung den Abzug von Beträgen die die Institute für Ankäufe von Rechten zur Ausübung finanzieller Tätigkeiten sowie Ankauf von Patenten der Banco Central verausgabte hatten, von der Einkommensteuer unterliegenden Gewinnen gestattete.

Zwischen 1974 und 1987 sind keine bedeutenden Änderungen in der Anzahl von Instituten zu vermerken. Der Ausfall von 8 brasilianischen Privatbanken wurde durch den Zuwachs von Banken unter ausländischer Kontrolle, deren Anzahl von 9 auf 19 stieg, ausgeglichen. Das steigende ausländische Interesse für die Banktätigkeit wurde durch die Entwicklung der Telekommunikation und Informatik, einschliesslich in der Automatisierung des Banksektors, sowie Erleichterungen im bereits entwickelten internationalen Handel ausgelöst. Zu vermerken ist, dass seinerzeit die Tätigkeit ausländischer Banken in Brasilien gesetzlich beschränkt war. Zulassungen erfolgten nur in Ausnahmefällen und bei Reziprozität mit dem Ursprungsland; selbst so war eine Verordnung des Präsidenten der Republik erforderlich.

Zwischen 1989 und 1993 fanden massgebliche Änderungen in Politik und Wirtschaft statt, so etwa die Schaffung von Multibanken, die Verlautbarung der neuen Bundesverfassung von 1988, die die Patente der Banco Central abschaffte und die Öffnung des Marktes für neue Finanzinstitute mit der Neuregelung der Gründung von Multi- und Handelsbanken. Damit und angeregt von leichten, aus dem *floating* stammenden Inflationsgewinnen stieg die Anzahl von Bankinstituten beachtlich, besonders in den Jahren 1989 und 90. Durch Verschmelzungen, Einverleibungen oder Ankäufe beantragten Dutzende von in- und ausländischen Finanzunternehmen ihre Umwandlung in Multibanken. Die selbe Entwicklung war auch bei der Mehrzahl der damals

bestehenden Handelsbanken zu verzeichnen. Erst neue Vorschriften der Banco Central, die erhöhtes Eigenkapital forderten, bremsten diese Expansion.

In der Zeit von 1964 bis 1994 ist ferner ein erheblicher Anstieg der Anzahl von Bankfilialen zu vermerken. Diese stieg von 6.490 am 31.12.64 auf 18.297 am 31.12.94. Dies ist nicht nur dem Wachstum des Banksektors zuzuschreiben, sondern zeigt auch die Suche der Banken nach Inflationsgewinnen, die bis zur Einführung des Real-Planes möglich waren. Tatsächlich hatte bis 1989 die Mehrzahl der Banken erhebliche Inflationsgewinne erzielt. Ein Teil dieser Gewinne entfiel jedoch mit dem Ende der *overnight*-Transaktionen; ein wesentlicher Anteil ging mit der Erhöhung der Zwangseinlagen auf die Banco Central über; die Schaffung der Investitionsfonds mit automatischer Anlage übertrug einen Teil der Gewinne auf die Kunden und ein weiterer erheblicher Teil verschwand mit der fast sofortigen Abführung der bei den Banken eingezahlten Steuern und Sozialabgaben an den Staat. Als Ergebnis sank die Rentabilität der Banken von 17,9% im Jahre 1985 und 19,8% im Jahre 1987 auf 12,8% für 1990 und 7%, den niedrigsten Stand in 20 Jahren, für 1991.

Die Era des *floating* ging zu Ende und um bei immer schärferer Konkurrenz auf dem Markt zu bestehen mussten die brasilianischen Banken wieder auf die Erteilung von Krediten und finanzielle Dienstleistungen zurückgreifen. Voraussehbar war, dass die Stabilisierung der Volkswirtschaft tiefgreifende Anpassungen des Banksektors fordern würde, der nach Jahrzehnten Inflation überdimensioniert war.

Die Folgen dieser Anpassung sind aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich. 103 Finanzinstitute verschwanden, 40 durch Liquidierung, 6 durch Einverleibung, 21 durch Umstellungen und 36 nach Übertragung der Aktienkontrolle.

**ANZAHL UND AKTIENKONTROLLE VON BANKEN  
1994 - DEZEMBER 1999**

	STAATLICH		PRIVAT		INSGESAMT
	BUND	LAND	BRASILIANISCH	AUSLÄNDISCH	
1994	5	27	176	38	246
1995	5	27	173	37	242
1996	5	27	159	40	231

1997	4	23	145	45	217
1998	5	18	122	58	203
1999	8	11	108	67	194

Quelle: Banco Central do Brasil/DEORF

Im August 1995 musste die Banco Central zum 22. Mal seit dem Einsatz des Real-Planes in das Finanzsystem eingreifen. Dies löste ernste Besorgnis auf dem Finanzmarkt aus da es diesmal um eine Grossbank, die Banco Econômico ging. Um die finanzielle Gesundheit der anderen Privatbanken besorgt verfügte die Regierung im November 1995 wichtige Vorkehrungen um Konteninhaber und Investoren zu beruhigen. Im wesentlichen waren sie:

- a) das PROER<sup>1</sup>-Programm zur Umstrukturierung und Stärkung des Nationalen Finanzsystems, das Steuerbegünstigungen und Kredite für die Übernahme von insolvent gewordenen Finanzinstituten vorsah um Liquidität und Solvenz des Banksystems sowie die Interessen der Kontoinhaber und Investoren zu wahren. Das Programm fördert die zuvor von der Banco Central genehmigte Neuorganisation in Verwaltung, Tätigkeit und Aktienbesitz und führt zu Übertragungen der Aktienkontrolle oder Änderung des Gesellschaftszweckes;
- b) Gründung des Kreditgarantiefonds, der Einlagen und Investitionen in Finanzinstituten, die seit dem Beginn des Real-Planes unter Intervention oder in Liquidierung stehen, bis zur Höhe von ca. USD 10.000 sichert;
- c) höhere Erfordernisse von Mindestkapital bei der Gründung neuer Banken und Förderung von Verschmelzungen, Einverleibungen und Übertragungen der Aktienkontrolle;
- d) erweiterte Befugnisse der Banco Central bei der Intervention in Finanzinstitute, die ermöglichen, die Kontrolleure von unter Intervention oder in Liquidierung stehenden Instituten zur Verantwortung zu ziehen selbst wenn sie nicht direkt an der Verwaltung beteiligt sind.

In der Folge wurden zusätzliche Massnahmen zur Modernisierung und Stärkung des Finanzsystems ergriffen. Insbesondere wurde die Haftung der unabhängigen Wirtschaftsprüfer bei der Feststellung von Verstössen eines Finanzinstitutes definiert; neue Anforderungen, einschliesslich der Höhe des Kapitals und für die Eröffnung von Filialen im Ausland erstellt; die Einhebung von Tarifen für Leistungen der Finanzinstitute gestattet und die Kreditrisikozentrale gegründet. Ferner wurde in Anlehnung an das PROER

---

<sup>1</sup> Sanierungsprogram für Privatbanken

für Privatbanken das PROES<sup>2</sup>-Programm zur Entstaatlichung der Banktätigkeit geschaffen.

Diese Massnahmen zeigen, wie kompliziert die Anpassung an die Stabilisierung der Wirtschaft war. Dieser Prozess ist noch nicht beendet und die Anpassungen des Banksektors laufen noch fort.

**RELATIVER ANTEIL DER GROSSBANKEN  
1994-1998**

<b>10 GROSSBANKEN INSGESAMT OHNE BANCO DO BRASIL &amp; BUNDESSPARKASSE</b>					<b>10 GROSSBANKEN INSGESAMT EINSCHL. BANCO DO BRASIL &amp; BUNDESSPARKASSE</b>			
<b>JAHR *</b>	<b>AKTIVEN %</b>	<b>NF %</b>	<b>EINL.%</b>	<b>KREDITE %</b>	<b>AKTIVEN %</b>	<b>NF %</b>	<b>EINL.%</b>	<b>KREDITE %</b>
1994	38	44	39	38	71	67	76	78
1995	40	63	37	40	71	87	77	79
1996	41	45	38	40	70	66	76	75
1997	40	47	36	31	72	68	75	73
1998	38	50	36	32	71	72	75	78

Quelle: Banco Central do Brasil

\* (jeweils Juni)

Zu vermerken ist, dass zu Beginn des Prozesses die liquidierten oder übernommenen Banken hauptsächlich regional tätig waren. Erst wesentlich später verschwanden namhafte private und staatliche Banken deren Tätigkeit sich auf ganz Brasilien erstreckte. Ferner brachte die Zulassung ausländischer Banken eine erhebliche Steigerung ihrer relativen Beteiligung am Bankensystem. Einerseits mag dies aus der Sicht der Konzentration und Verlust der inländischen Kontrolle der Branche bedauert werden, andererseits jedoch war das Ergebnis verschärfte Konkurrenz, höhere Kapitalisierung sowie Innovation von dem Publikum gebotenen finanziellen Produkten und Dienstleistungen.

Die obige Tabelle zeigt, dass bei den Grossbanken keine wichtigen Änderungen der Indikatoren allenfalls verstärkter Konzentration nach dem Real-Plan zu verzeichnen sind. Die relative Beteiligung dieser Institute ist durchwegs erheblich, besonders bei Einbeziehung der Banco do Brasil und Bundessparkasse. Dies ist jedoch mit Vorsicht zu betrachten, da diese

<sup>2</sup> Sanierungs- und Privatisierungsprogramm für staatliche Banken der Bundesländer

Institute die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung umsetzen. Die Zahlen unterscheiden sich nicht wesentlich vom internationalen Standard.

Nach dem Real-Plan und im Vergleich mit ihrer relativen Beteiligung am BSP zeigt das Vermögen dieser Institute Verluste im Jahre 1995, die 1996 wieder aufgeholt wurden. Seither blieb das Verhältnis praktisch konstant: 4,5% des BSP ohne Banco do Brasil und Bundessparkasse oder 5,7% des BSP bei Einschluss dieser Institute.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Anzahl von Bankfilialen und Dienststellen, die sich in den letzten Jahren merklich verringert und damit die Bedienung des Publikums, insbesondere in ärmeren Regionen, verschlechtert hat.

### BANKFILIALEN UND DIENSTSTELLEN

1994-1999 - DEZEMBER

ART	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Filiale	18.297	17.798	16.686	16.383	16.060	16.189
Dienststelle	9.595	9.075	8.268	7.787	7.211	6.614
in Gemeinden mit Filiale	9.264	8.780	7.987	7.513	6.987	6.425
in Gemeinden ohne Filiale	331	295	281	274	224	189
Elektronische Dienststelle	2.874	3.922	4.841	6.015	6.709	10.808
Vorposten				52	334	503
INSGESAMT	30.768	30.795	29.795	30.237	30.314	34.114

Quelle: Banco Central do Brasil/DEORF

Diese Anpassung wurde durch die Notwendigkeit bedingt, Kosten zu senken. Nach dem Wegfallen der Gewinne aus dem *floating* waren Filialen und Dienststellen defizitär geworden. Diese Entwicklung wurde von den Währungsbehörden als Mittel zur Stärkung des Systems gefördert. Der starke Anstieg der Anzahl von elektronischen Dienststellen zeigt die Notwendigkeit auf, kostengünstige Technologien zur Selbstbedienung einzusetzen. Andererseits führten die hierzu erforderlichen Investitionen zur Entlassung von Personal. Die sog. Vorposten werden lediglich an Orten errichtet, an denen keinerlei Bankdienste bestehen. In der Praxis sind es Einrichtungen, die an Orten an denen das Marktpotential reizlos ist, Bankdienstleistungen erleichtern.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Bankdienstleistungen in Brasilien. Die wichtigste Feststellung ist, dass zwischen 1994 und 1999 die Anzahl von Gemeinden, die von Banken nicht bedient werden, um 48% gestiegen ist. Dies ist einer der negativen Aspekte der Währungsstabilisierung.

## BANKDIENSTLEISTUNGEN

REGION	% GEMEINDEN OHNE BANKDIENSTE	
	1994	1999
Norden	45	46
Nordosten	39	52
Mittelwesten	20	35
Südosten	9	16
Süden	11	16
Brasilien insgesamt	23	30

Quelle: Banco Central do Brasil/DEORF

Seit dem Real-Plan verschlechterten sich sohin die Bankdienstleistungen in ganz Brasilien, so dass heute fast ein Drittel der Gemeinden über keinerlei Bankdienste verfügt. Die Lage ist besonders kritisch in den ärmeren Regionen, Nord-, Nordost- und Mittelwestbrasilien.

Zu vermerken ist ferner, dass die relative Beteiligung der zehn Grossbanken mit den breitesten Filialennetzen stieg und damit die Bankenkonzentration sichtlich erhöht. Eine Prüfung der Indikatoren der Beteiligung dieser Institute zeigt, dass sie 71% der Aktiven; 72% des Nettovermögens; 75% der Einlagen; 78% der Kredittransaktionen und 71% (bzw. 855 bei Einschluss der 20 grössten Banken) der Filialen inne haben. Üblicherweise führt die Bankenkonzentration zu Schwächung des Wettbewerbes und zu einer, den Kunden abträglichen, Kartellisierung. Sie wird jedoch in Kauf genommen um ein grösseres Übel, die Gefährdung des gesamten Banksystems durch eine labile Struktur, Informationsmängel und Insolvenz zu vermeiden.

Der heutige Stand des Nationalen Finanzsystems regt zu vertieften Überlegungen bezüglich seiner Wirklichkeit und Perspektiven an:

- a) Bankdienstleistungen in Brasilien sind mangelhaft in punkto Deckung des Staatsgebietes, selbst in den weniger entwickelten Teilen von Süd- und Südostbrasilien und insbesondere im Norden, Nordosten und Mittelwesten;
- b) das Nationale Finanzsystem ist ein Oligopol; abgesehen von seiner erheblichen finanziellen Macht besitzt es namhaften politischen Einfluss;
- c) das Angebot von Krediten und Leistungen für bestimmte strategische Sparten der Wirtschaft, wie Landwirtschaft, Neugründungen von Unternehmen sowie kleine und Kleinstbetriebe ist mangelhaft in der Form und unzureichend im Umfang der zur Verfügung gestellten Mittel;

- d) in Brasilien fehlt ein ausreichender und konsolidierter Kapitalmarkt; die langfristige Finanzierung die üblicherweise durch staatliche Banken erfolgt ist den Bedürfnissen einer wachsenden Wirtschaft nicht angemessen;
- e) der brasilianische Aussenhandel wird noch wesentlich von staatlichen Banken finanziert, die das wirtschaftliche und politische Risiko tragen;
- f) die Privatisierung von Banken in Brasilien, ebenso wie weitgehend in einem Grossteil von Lateinamerika, erfolgte nur teilweise und mit starker finanzieller Beteiligung des Staates; aus der Sicht der allgemeinen Effizienz des Systems und der der Gesellschaft erwachsenden Vorteile ist sie einigermaßen fraglich und kann zum Verlust der Kontrolle der inländischen Spartätigkeit führen.

## **II.4 Perspektiven des Finanzsystems in Brasilien**

Das brasilianische Finanzsystem ist das grösste und komplizierteste von Lateinamerika. Es überdauerte über 30 Jahre chronischer Inflation. Dieses langjährige Zusammenleben mit hohen Inflationsraten zwang die staatlichen und privaten Banken Brasiliens dazu, ihre Gewinne im *floating* zu suchen. Dieses Modell verschleierte ineffiziente Verwaltung, ungeeignete Ortung des Filialennetzes, Verluste aus fraglichen Krediten und hohe Verwaltungskosten, die vom Inflationsgewinn gedeckt waren. Unter diesen Umständen wurde es unwesentlich, das Kreditrisiko richtig einzuschätzen, die Rentabilität von Investitionen sorgsam zu betrachten und selbst Kostenstrukturen zu rationalisieren. Das grosse Geschäft bestand in der Aufnahme von Mitteln und deren Investition innerhalb des eigenen Systems in einem Verfahren, das "finanzieller Reigen" genannt wurde.

Seit der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre war es jedoch mehr als evident geworden, dass Brasilien nicht endlos hohe Inflationsraten überleben könne. Schon vor der Einführung des Real-Planes waren Experten, Führungskräfte der Banken und Regierungsvertreter bei der Prüfung der Folgen von Massnahmen zur Beseitigung der Inflation und Stabilisierung der Währung zum Schluss gekommen, dass unter diesen Umständen die Banken ihre Gewinne nicht mehr im *floating*, sondern in der finanziellen Vermittlung und Dienstleistungen zu suchen hätten. Die Inflationsgewinne sollten durch Eingänge aus diesen Leistungen sowie einer erheblichen Kostensenkung durch Rationalisierung des Filialennetzes und der Verwaltungsstrukturen wettgemacht werden. Weiters würden, wie in anderen Staaten, gross

angelegte Verschmelzungen von Finanzinstituten erforderlich werden. Die Schwierigkeiten eines so tiefgreifenden Wechsels waren sohin vorausgesehen und der Real-Plan überraschte das Banksystem keineswegs. Trotz mehr oder minder wirksamer Reaktionen wurde davon ausgegangen, dass beim Grossteil der Institute, besonders den Privatbanken, die Umstellung ohne zu ernste Probleme erfolgen würde.

Bei den staatlichen Banken erwarteten die Experten grössere Schwierigkeiten angesichts ihrer überhöhten Personal- und Verwaltungskosten sowie vom, im Vergleich zu den Privatbanken, höheren Umfang von schwer einzubringenden Krediten, insbesondere an die, diese Banken kontrollierenden Regierungen. Für sie war eine schmerzhaft Anpassung zu erwarten.

Bald stellte sich jedoch heraus, dass auch die Privatbanken Probleme, wenn auch anderer Art, zu lösen hatten. Das Zusammenwirken einiger Faktoren, bedingt durch Massnahmen vor und nach der Einführung des Real-Planes sowie der Verlust der Inflationsgewinne zeigte, dass einige Finanzinstitute nicht in der Lage waren, die zu ihrem Überleben bei einer stabilisierten Währung erforderlichen Anpassungen ihrer Struktur und Tätigkeit vorzunehmen. Insbesondere:

- a) die schon einige Jahre vorher eingeleitete Öffnung der Wirtschaft mit steigenden Importen enthüllte die Ineffizienz gewisser Sparten von Industrie und Handel die bisher von der Inflation verschleiert war. Das Ergebnis war ein fühlbares Sinken der Qualität von Bankaktiven;
- b) die Streichung von Subventionen, die früher manchen Sparten gewährt wurden brachte eine wesentliche Erhöhung der Nichtrückzahlung von Krediten;
- c) der Ausfall von Rückzahlungen wurde durch die restriktive Wirtschaftspolitik ab dem Real-Plan weiter verstärkt.

Diese Reihe von Problemen zeigte die Schwäche des Nationalen Finanzsystems und das Risiko einer Krise dieses Systems auf. Dies veranlasste die Regierung, eine Reihe von Vorkehrungsmassnahmen zu treffen und in der Folge die Beteiligung von Auslandskapital am Bankensystem zu liberalisieren. Angesichts der positiven Perspektiven brasilianischer Banken von denen einige, insbesondere staatliche, zu sehr anziehenden Bedingungen angeboten wurden, erhöhten ausländische Banken ihren Marktanteil durch Erwerb der Aktienkontrolle brasilianischer Finanzinstitute. Die Internationalisierung des Finanzsektors in Brasilien zeigt

sich im Anwachsen der Beteiligung ausländischer Banken am konsolidierten Nettovermögen des Nationalen Finanzsystems, die sich von 6,08% im Jahre 1994 bis 1999 mehr als verfünffachte. Noch deutlicher wird dies bei der Beteiligung ausländischer Banken an den Gesamtaktiven des Systems die nach Schätzungen der Banco Central von 12% im Jahre 1995 auf 23% im Jahre 1999 stieg.

Was Aktienkapital mit Stimmrecht anbetrifft besteht eine Auslandsbeteiligung bei 248 brasilianischen Finanzinstituten, davon 72 Multibanken, 48 Leasingunternehmen, 48 Wertpapiervertriebsgesellschaften und 37 Maklergesellschaften. Bei 171 dieser 248 Unternehmen übersteigt die ausländische Beteiligung 50% der Aktien mit Stimmrecht. Beim Ursprung des Kapitals stehen an erster Stelle die USA, mit 25,73%, sodann Spanien (11,7%), Italien (8,19%), die Niederlande (7,60%), Deutschland (7,02%) und Grossbritannien (7,02%). Andere Beteiligungen, etwa aus Frankreich und Japan, sind geringer.

Die derzeitige Welle von Privatisierungen von staatlichen Banken sowie Verschmelzungen und Einverleibungen von Privatbanken zeigt, dass die Tendenz einer weiter steigenden Beteiligung internationaler Banken am Nationalen Finanzsystem unaufhaltsam ist. Dies bringt Brasilien einerseits Vorteile auf dem Gebiet internationaler Vertrauenswürdigkeit, eines solideren Banksystems und der neuesten Technologie zur Bedienung der Kunden. Andererseits bedeutet es, dass die Kontrolle inländischer Spartätigkeit von ausländischen Interessen abhängig wird. Zu dieser Frage muss die brasilianische Regierung in Bälde Beschlüsse fassen, insbesondere bezüglich der Internationalisierung von Grossbanken, die im Detailgeschäft (retail banking) tätig sind.

Darüber hinaus besorgt akademische Kreise in Brasilien die als kurzfristig vorausgesehene Tendenz einer markanten Konzentration der brasilianischen Banken als Ergebnis der sinkenden Zinssätze die in den letzten fünf Jahren den Hauptertrag der Banken bildeten. Überdies werden die brasilianischen Banken zu klein um mit den vor Kurzem etablierten Ausländern zu konkurrieren.

Brasilien wird sohin drei neue Arten von ernststen Problemen zu lösen haben, die sich aus der Internationalisierung des Finanzsystems, der zunehmenden

Bankenkonzentration und der steigenden Anzahl von Gemeinden die, da für Privatbanken uninteressant, keinerlei Bankdienste besitzen, ergeben.

Bei den Parlamentsdebatten der Verfassungsgeber von 1988 zeigte es sich, dass die brasilianische Gesellschaft keinen klaren Begriff eines wünschenswerten Finanzsystemes besass. Das in die Verfassung aufgenommene Kapitel über das Finanzsystem ist eine Kompromisslösung der Erwägungen einer Reihe von Lobbies, ein zusammenhangloses und unanwendbares Flickwerk. Überdies müssten dazu noch Durchführungsbestimmungen, zu denen im Parlament seit zwölf Jahren zahllose und widersprüchliche Anträge umgehen, beschlossen werden.

So waren Gesellschaft und Parlament unfähig, eine Struktur des Finanzsystems zu definieren, die wie es in der Einleitung des Artikels 192 der Verfassung heisst, geeignet wäre "die ausgewogene Entwicklung des Landes zu fördern und dem Interesse der Allgemeinheit zu dienen". Diese Unschlüssigkeit kann eines Tages für Brasilien sehr kostspielig werden.

Der Verfasser, Juarez Lopes Cançado, ist Exekutivdirektor der ASBACE und der ATP S.A., MBA der EASP/FGV - Brasilien und Absolvent des Doktoratsprogrammes für Spezialisierung in Finanzen des HEC - Frankreich.

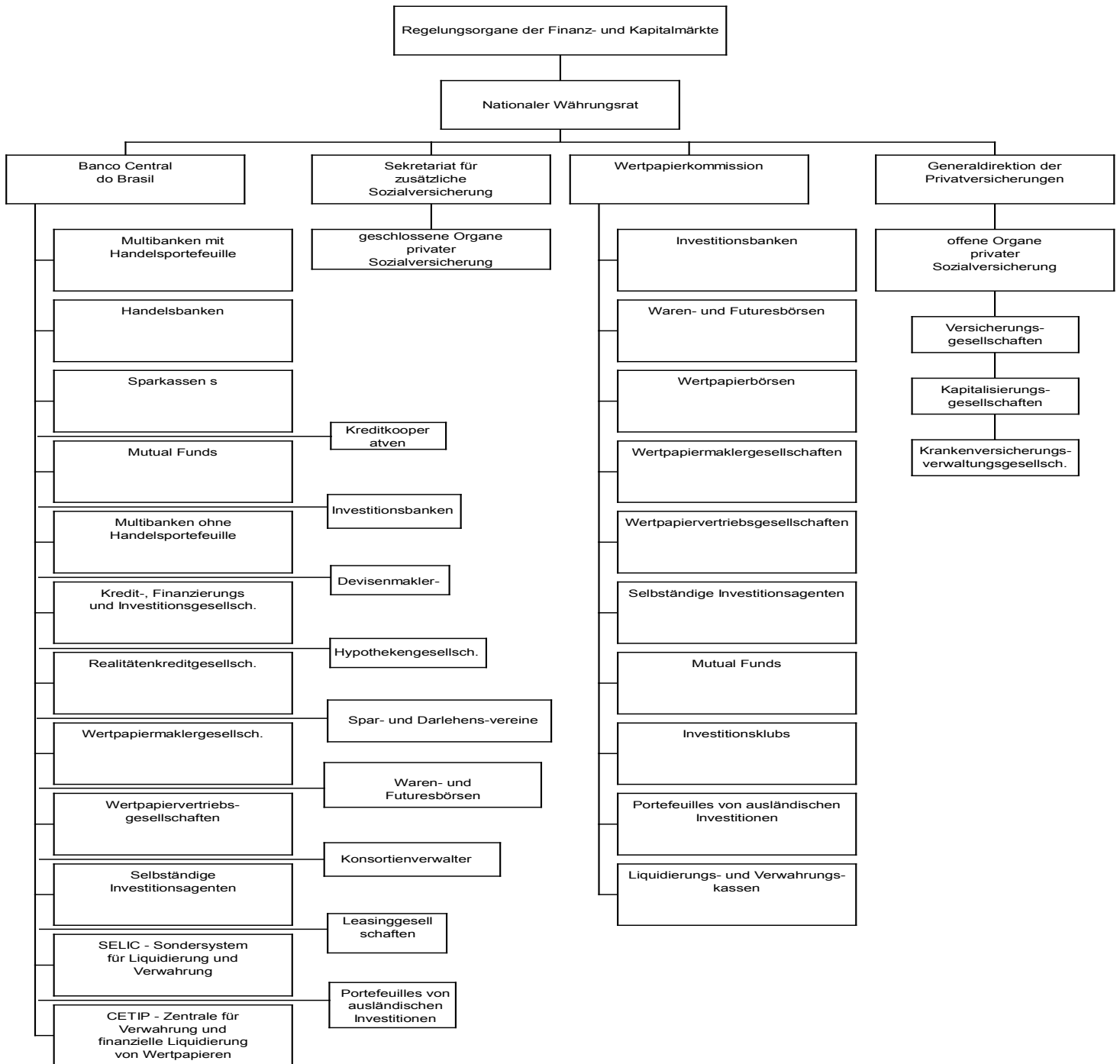
## Anlage I - Brasilien: einige Kennzahlen

Fünftgrösstes Land der Welt - 8,547 Mio km<sup>2</sup>  
Fünftgrösste Einwohnerzahl der Welt - 163 Mio (1997)  
Lebensdauererwartung bei Geburt - 66,8 Jahre (1998)  
Achthöchstes BSP der Welt - R\$ 899 Mia (1998)  
Steht in der Rangordnung menschlicher Entwicklung des UNDP-UNO an 68. Stelle (1997)  
80% der Bevölkerung lebt in Städten  
Exporte - USD 48 Mia (1999)  
Importe - USD 49 Mia (1999)  
Internationale Reserven - USD 36,3 Mia (1999)  
Wichtigster Handelspartner - Europäische Union  
Inlands-Staatsverschuldung - R\$ 403 Mia (37,1% des BSP 1998)  
Gesamte Auslandsverschuldung - USD 238 Mia (1999 - 43% des BSP 1998)  
Inflation - (-) 1,8% (1998); (+) 8,9% (1999) - gemessen am Erweiterten Verbraucherpreisindex IPCA

Quelle: amtliche Veröffentlichungen der Bundesregierung



## Anlage II - Struktur des Nationalen Finanzsystems



Quelle: Banco Central do Brasil  
 Bearbeitung: ANDIMA

**Anlage III - Statistiken des brasilianischen Bankensystems  
(Dezember 98)**

Anzahl Banken *	227
Anzahl Filialen und Dienststellen *	34.114
Anzahl Konten (Mio) **	44,7
Anzahl Sparkonten (Mio) **	40,0
Einzahlscheine von Steuern und Abgaben (Anzahl der von Banken bearbeiteten belege – mio/Jahr) **	300
Rechnungen öffentlicher Dienste (Anzahl der von Banken bearbeiteten belege – mio/Jahr) **	907
Sozialversicherung (Mio Ein- und Auszahlungen pro Jahr) **	287
Scheckkompensationen (Mia/Jahr) **	2,7
Direkte Arbeitsplätze **	435.847
Kredite insgesamt (USD Mio) ***	179.732
Kredite als % des BSP ***	23,1
Gesamteinlagen (USD Mio) ***	242.045
Gesamtaktiven (ISD Mio) ***	683.722
Nettovermögen (USD Mio) ***	60.556
% Leverage auf Kredittransaktionen ***	3,0
% Leverage auf Passiven ***	9,5
% Nichterfüllung von Rückzahlungen ***	8,7
% Sollzinsen (Jahresdurchschnitt 09.99) ***	54,24
% Habenzinsen (Jahresdurchschnitt 09.99) ***	19,4
% Bruttospread (Jahresdurchschnitt 09.99) ***	35,10
Entrichtete Steuern und Abgaben (R\$ Mio) **	5.763
Zahlung Gehälter & Soziallasten (R\$ Mio) **	23.703

Quellen:

\*Banco Central do Brasil

\*\* FEBRABAN - Dachverband der brasilianischen Bankenverbände

\*\*\* ANDIMA - Brasilianischer Verband der Institutionen des Offenen Marktes